

DEBATTE

Christian Fleck
über das Mittel der Volksbefragung zu Studiengebühren.



Volksbefragung als letzter Ausweg?

Gäbe es an heimischen Schulen ein Fach Politische Bildung, würde in einer der ersten Stunden wohl die Frage behandelt werden, was mit dem Artikel 1 der Bundesverfassung „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus“ gemeint sei. Dabei käme dann wohl die seit einiger Zeit grassierende Neigung von Politikern zur Sprache, nach dem Volk zu schielen und dessen Befragung vorzuschlagen.

Dieser Tage garnierte Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle seinen Wunsch nach Einführung von Studiengebühren mit der Androhung, als „letzten Ausweg“ an eine Volksbefragung zu denken. Zum Glück für ihn und die anderen Politiker gibt es das Fach Politische Bildung (immer noch) nicht und so bleibt die Blamage erspart, als jemand dazustehen, der die Spielregeln der Politik nicht kennt.

„Politiker, die nur dann, wenn sie nicht weiter wissen, das Volk zu Hilfe rufen, erweisen der direkten Demokratie keinen guten Dienst.“

Die österreichische Verfassung kennt drei direktdemokratische Instrumente: Volksbegehren, Volksabstimmung und Volksbefragung. Nur die Volksabstimmung hat bindenden Charakter, weswegen sie ja auch dort gemieden wurde, wo sie angebracht gewesen wäre: Der Vertrag von Lissabon, der 2009 die „europäische Verfassung“ reformierte, stellte nach Meinung vieler Experten eine weitreichende Änderung der österreichischen Verfassung dar und hätte

daher eine Volksabstimmung erfordert. Die beiden anderen direktdemokratischen Instrumente sind realpolitisch nicht mehr als Meinungsbekundungen und entheben das Parlament nicht seiner Aufgabe; sie sind also gerade keine „letzten Auswege“. Eine Volksbefragung ist für eine „Angelegenheit von grundsätzlicher und gesamtösterreichischer Bedeutung“ vorgesehen und man wird kaum argumentieren können, dass das Anliegen Töchterles dieser Bedingung genügen kann.

In einer repräsentativen Demokratie sind Volksvertreter aufgerufen, politische Entscheidungen zu treffen, und in einem System des Verhältniswahlrechts bedeutet das, dass man Kompromisse finden muss. Warum wollen immer öfter heimische Politiker diese zugegeben mühsame Arbeit nicht erledigen?

Instrumente direkter Demokratie wie Volksbefragungen müssen bei den Wählern in doppelter Weise auf Zustimmung stoßen: in welchen Fällen sie benutzt werden und welche Folgen sie nach sich ziehen. Nur wenn die Wähler davon überzeugt sind, dass die Angelegenheit für sie von Bedeutung ist und das Ergebnis einer Befragung respektiert wird, werden sie gewillt sein, sich zu beteiligen.

Politiker, die immer dann, wenn sie nicht weiter wissen, das Volk zu Hilfe rufen wollen, erweisen der Sache der direkten Demokratie keinen guten Dienst, sondern fördern die Politikverdrossenheit.

Christian Fleck ist Soziologe an der Universität Graz

LESERBRIEFE DES TAGES

Die Herrschaft der Freunderln

Moralische Grundsätze sind aus der Mode gekommen, meinen Leser.

Thema Anstand: „Nimm, wenn du kannst!“

Das Titelthema „Vom Verlust des Anstands“ trifft den Nagel auf den Kopf und Manfred Prisching legt in seinem Beitrag den Finger treffend auf die offene Wunde, die immer mehr Bürger wütend macht. Mit dem Aufbrechen der aktuellen Korruptionsskandale und der Verwicklung von ehemaligen oder vielleicht auch noch aktiven Spitzenpolitikern scheint eine breite Schmerzgrenze überschritten worden zu sein und man reagiert durch Wahlenthaltung, schreit laut protestierend auf oder wendet sich mit Grausen ab.

Die guten alten Grundsätze moralischen Handelns, wie sie auch in unserem Elternhaus gelehrt wurden, wie: „Alles kann man nicht haben, man nimmt nicht, was einem nicht gehört, dies oder jenes gehört sich einfach nicht und tut man nicht“, scheinen weithin vergessen worden zu sein. Die Wirkung dieser Vorgänge ist nicht nur deshalb so

verheerend, weil unser Steuergeld veruntreut wird, sondern auch wegen des negativen Einflusses auf die allgemeinen Werthaltungen. Nur eine radikale Aufklärung ohne jede Rücksicht auf wen auch immer und die angemessenen rasche gerichtliche Aufarbeitung könnte den Schaden noch begrenzen. **Heinz Uray, Graz**

Mutige unterstützen

Ich finde die Analyse unserer Gesellschaft von Manfred Prisching ausgezeichnet. Das Problem ist jedoch immer, dass es beste Analysen gibt, aber mutige Leute mit Charakter (womit ich nicht blauorange Populisten meine) nicht die notwendige Unterstützung bekommen, um es nach oben zu schaffen, wo mit Freunderlwirtschaft alles kontrolliert wird.

So wurde z. B. bei der Betriebsratswahl in unserem Betrieb ein bestens etablierter „Kollege“ wiedergewählt, der vier Jahre lang buchstäblich nichts gemacht hat. Ein junger Kollege, der sich engagieren wollte, blieb mit seiner Liste in der Minderheit und muss jetzt Nachteile befürchten. So wird in unserer Gesellschaft durch die weitverbreitete Mentalität, es sich nicht mit den Mächtigen verscherzen zu wollen, schon auf unterster Ebene verhindert, dass notwendige Veränderungen in die Wege geleitet werden.

An die *Kleine Zeitung* ein Dank für die kritischen, aufweckenden Kommentare und Analysen (wie etwa von Neuner oder Prisching) und die Bitte, mutige Menschen in unserer Gesellschaft immer wieder durch entsprechende Berichterstattung zu unterstützen!

Mag. Wilfrid Janas, Graz

LIEBE IST ...



... etwas Besonderes zu teilen.